

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion M. Berger daselbst

No. 69.

Dienstag, den 28. August

1894.

### Bekanntmachung, die Markirung der Flurgrenzen betr.

Es ist wiederholt wahrzunehmen gewesen, daß die Markirung der Flurgrenzen an den öffentlichen Wegen, ingleichen die Steinsäulen an den Wegekreuzungen zur Bezeichnung der Ortlichkeit und Entfernung sich nicht in der nöthigen Ordnung befinden bezw. nicht in solcher erhalten worden sind.

Die königliche Amtshauptmannschaft sieht sich deshalb veranlaßt, die Gemeinden und selbstständigen Gutbezirke auf die Bekanntmachung vom 19. Juni 1882 unter Punkt 2 bezw. vom 5. Mai ds. J. hinzuweisen und zu veranlassen, die vorhandenen Mängel sofort abzustellen.

Meissen, den 15. August 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
von Schroeter.

### Bekanntmachung.

Wer in Feimen, Getreidepuppen oder sonst wo unter freiem Himmel sich herumtreibend übernachtet, wird mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

Meissen, am 24. August 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
von Schroeter.

### Bekanntmachung.

Sonnabend, den 1. September ds. J.,  
Nachmittags 6 Uhr

soll im hiesigen Schützenhause der 2. Grasschnitt rechts und links an der Freibergstraße und der Brücke, auf der Vogelwiese, vor der Schießmauer und auf der Wiese am Babelplog unter den im Termine bekannt gemacht werden Bedingungen öffentlich verpachtet werden.

Wilsdruff, am 27. August 1894.

Der Stadtgemeinderath.  
Sicker, Orgmstr.

### Aus Serbien und Bulgarien.

Wieder einmal ziehen Serbien und Bulgarien durch mancherlei Vorgänge und Erscheinungen in diesen beiden „interessanten“ Balkanstaaten die Aufmerksamkeit des übrigen Europas auf sich. Was zunächst Serbien anbelangt, so sind daselbst im Verlaufe der letzten Wochen offenbar wunderliche Dinge hinter den politischen Coulissen vorgegangen, Sachen, bei denen vielleicht mehr als eine einfache Ministercrisis in Frage stand. Die Belgrader Meldung, wonach der Entwurf einer neuen Verfassung für Serbien fast vollständig ausgearbeitet sei, deutet darauf hin, daß Alexander und Milan wohl erneut irgendwelche Staatsstreiksgedanken hegen, daß der jugendliche Serbenkönig und sein väterlicher Berater mindestens eine abermalige Verfassungsänderung vorbereiten. Möglicher Weise hat hierbei das Cabinet Nicolajewitsch Bedenken geltend gemacht und aus diesem Widerspruch wäre am Ende die jüngste serbische Ministercrisis zu erklären, die allerdings inzwischen durch den einstweiligen Verbleib des Ministeriums Nicolajewitsch im Amte wieder beseitigt worden ist. Dagegen sind die Sensationsgerüchte, welche von einem bevorstehenden Verzicht des Königs Alexander auf den serbischen Thron zu Gunsten seines Vaters Milan wissen wollten, von Belgrad aus als sehr energisch dementirt worden. Man kann also die weitere Nachricht, es habe in der That ein derartiger Plan bestanden, er sei aber an dem bestimmten Einsprüche einer auswärtigen Macht gescheitert, auf sich beruhen lassen. Immerhin sind neue politische Ueberraschungen in Serbien keineswegs ausgeschlossen, da Freund Milan schmerzlich ohne besondere Gründe sich so lange in seinem früheren Reiche aufhalten würde.

Bulgarien seinerseits lenkt erneut das allgemeine Interesse durch die russenfreundliche Strömung auf sich, welche ziemlich unermittelt in den maßgebenden Kreisen von Sofia und hier und da auch im Lande aufgetreten war. Inzwischen wird zwar aus Sofia gemeldet, daß infolge der bedenklichen Entwicklung im Lande, des Aufstehens Rantow und der Ueberzeugung, daß der Friede mit den Czaren doch unmöglich sei, wieder eine Schwankung in der kaum erst inaugurirten russenfreundlichen Politik der bulgarischen Regierung eingetreten sei und daß eine besondere Begünstigung der russophilen Elemente im Lande von nun ab nicht mehr zu erwarten stünde. Aber es hebt doch unbestreitbar, daß Fürst Ferdinand und seine neuen Berater nach dem Sturze Stambuloffs Anstrengungen gemacht hatten, in Petersburg endlich eine gnädigere Gesinnung gegen den früheren bulgarischen Schützling des Czarenreichs herbeizuführen, nur daß sie freilich hierbei die volle Selbstständigkeit Bulgariens gegenüber den bekannten Wünschen und Forderungen Russlands gewahrt wissen wollten. An der starren Stellungnahme Russlands in der bulgarischen Frage sind offenbar diese Bemühungen gescheitert und steuert man nun in Sofia von dem eingeschlagenen russenfreundlichen Kurse wieder ab, wie u. A. auch der ablehnende Bescheid des bulgarischen Ministeriums auf das Gesuch des alten bulgarischen Verschwörers und Partei-

gängers Ruslands, Drogan Zankoff, nach Bulgarien zurückkehren zu dürfen, bekundet. Aber diese vorübergehende russenfreundliche Strömung in den Regierungskreisen von Sofia hat doch genügt, um die Zuversicht der russischen Partei in Bulgarien aufs Neue zu beleben, so daß sie es wagt, wiederum lecher aufzutreten, woraus die aus Bulgarien in letzten Zeit wiederholt gemeldeten Konflikte zwischen den Russenfreunden und den Russenfeinden im Lande entspringen sind. Im Interesse Bulgariens kann man nur wünschen, daß das Cabinet Stoiloff bei Zeiten den sich regenden russenfreundlichen Elementen im Lande zielbewußt und energisch entgegentritt, sonst erscheint eine bedrohliche Entwicklung der Lage in Bulgarien keineswegs ausgeschlossen.

### Tagesgeschichte.

Die hohen Reichsbeamten und preussischen Minister werden erst im Laufe des nächsten Monats wieder vollständig in Berlin versammelt sein, und erst dann werden die entscheidenden Beschlüsse über den Inhalt der bevorstehenden parlamentarischen Sesssionen gefaßt werden. Was darüber da und dort bereits berichtet wird, beruht größtentheils nur auf Vermuthung. Es steht bis jetzt nur fest, daß dem Reichstag ein ungewöhnlich großer und wichtiger Arbeitsstoff vorgelegt wird.

Unter den Klagen des Handwerkerstandes nimmt seit langer Zeit die über den immer schwieriger werdenden Wettkampf mit den großen Waarenhäusern und Vereinen, aus denen man nachgerade alles beziehen kann, eine besonders hervorragende Stelle ein. Mehr und mehr wird dem kleinen Gewerbetreibenden der Erwerb entzogen. Die Massenhaftigkeit, in welcher diese großen Anstalten die Waaren liefern können, ermöglicht ihnen auch billigere Preise, die Geringfügigkeit der Postgebühren erleichtert den Vertrieb auch nach entfernteren Gegenden. Das kleine Geschäft kann dagegen kaum mehr aufkommen. Das ist eine bedauerliche, große soziale Mißstände mit sich führende Entwicklung, aber sie ist nur die notwendige Folge unserer ganzen neueren Produktions- und Verkehrsverhältnisse und ausföhrbare wirksame Maßregel hiergegen werden auch diejenigen nicht vorzuschlagen wissen, die, wie wir, in der Geföhrdung der Lebensfähigkeit unseres kleinen Gewerbes- und Handwerkerstandes ein schweres Unheil für die Zukunft erblicken. Die moderne wirtschaftliche Entwicklung befördert naturgemäß den Großbetrieb der mit mächtigen Kröften und Organisationen arbeiten kann, der Mittelstand wird immer mehr vertrieben. Darüber kann sich niemand täuschen, der die wirtschaftlichen Erscheinungen und ihre notwendigen Folgen unbefangen prüft. Wir gehen eben mit der Zeit ganz neuen sozialen Bildungen und Gliederungen entgegen. Ob die Menschheit dabei glücklicher wird, mag ununtersucht bleiben. Eins aber wird man unseres Erachtens mit vollem Rechte fordern dürfen, daß nämlich die von Vereinen ins Leben gerufenen Waarenhäuser sich auf den Verkehr mit ihren Mitgliedern beschränken.

Ein Gesetzentwurf über die Communalsteuerpflicht des Reiches wird, nach einer Aeußerung des Staatssekretärs Dr. v. Böttcher, in der nächsten Reichstagsession wahrscheinlich eingebracht werden. Diese Frage würde, wie die „Berl. Pol. Nachrichten“ erinnern, den Reichstag keineswegs zum ersten Male beschäftigen, denn schon 1874 wurde dem Parlamente ein Gesetzentwurf unterbreitet, welcher den Zweck verfolgte, die Heranziehung des Reiches zu Steuern persönlicher Natur ausdrücklich auszuschließen, indessen blieb die Vorlage unerledigt. Es stellte sich aber im Laufe der Jahre heraus, daß eine solche gesetzliche Ausschließung der Communalsteuerpflicht des Reiches verschiedene Gemeinden dauernd geschädigt haben würde. Denn die Gemeinden mit großen reichsfeudalischen Einrichtungen, welche einen starken Zug von Arbeitern zur Folge hatten, mußten jetzt für Schulzwecke, Armenpflege u. s. w. erhebliche Mittel anwenden, für welche die von den zugezogenen Arbeitern erhobenen Steuerbeiträge einen nicht im Entferntesten genügenden Ausgleich bildeten, so daß die betreffenden Gemeinden meist in finanzielle Schwierigkeiten geriethen. In der Folge traten die zuständigen Reichsbehörden der Sache näher und es gelangte 1891 im Reichsschatzamt ein Entwurf zur Ausarbeitung, welcher die Frage der Steuerpflicht des Reichsstaats in sachlicher wie formeller Beziehung regelte. Auf Grund dieses Entwurfes fanden dann eingehendere Erörterungen in der ganzen Angelegenheit zwischen den beteiligten Ressorts statt, bei welchen Verhandlungen nicht geringe Schwierigkeiten in manchen Einzelfragen hervortraten. Nunmehr scheint diese Frage gelöst zu sein, wie die Ausarbeitung einer neuen Vorlage über die Communalsteuerpflicht des Reiches beweist, und darf man wohl hoffen, daß der betreffende Entwurf dem Reichstage nach seinem Zusammentritte ohne jede Verzögerung zugehen wird.

Die Handelsverträge, um die in der verflochtenen Reichstagsession ein so heißer Kampf ausgefochten worden, sind jetzt theils über, theils nahezu ein halbes Jahr in Kraft. Diese Zeit genügt freilich noch nicht, um ein endgültiges Urtheil über die Wirkungen der neuesten Handelspolitik abzugeben, immerhin aber reicht sie aus, um wenigstens zu einer ruhigeren und sachlich begründeteren Anschauung zu kommen, als es während der aufgeregten Reichstagsverhandlungen möglich war, wo eben noch alle praktischen Erfahrungen fehlten. Die politische Erörterung dieser Angelegenheit hat seit der Entscheidung sehr an Schärfe verloren: sie ist vorläufig fast ganz verstummt. Schon daraus läßt sich schließen, daß so gründliche Umgestaltungen in den Verhältnissen des Handels der Industrie, der Landwirtschaft, wie sie vorausgesagt worden, für Deutschland bis jetzt nicht eingetreten sind. Weder sind die düsteren Prophezeiungen der besondern Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen über eine mögliche Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit russischem Getreide in Erfüllung gegangen, noch läßt sich bis jetzt ein solcher Aufschwung unserer Exportindustrie bemerken, wie er vielfach erhofft wurde. Die Voraussetzungen sowohl von dem Nutzen als von dem Schaden namentlich des russischen Han-